

## INTERGLOBAL

BOLIVIEN

# Klassenkampf von oben

Thorsten Mense

**In Bolivien kehrt der koloniale Konflikt zurück, unter verkehrten Zeichen. Die Oligarchie geht mit Gewalt gegen die linke Regierung und die indigene Bevölkerungsmehrheit vor, um ihre Privilegien zu sichern.**

Frantz Fanon, der Vordenker der antikolonialen Befreiungsbewegungen, hatte 1961 in „Die Verdammten dieser Erde“ die Dekolonisation als ein Instrument der Herrschenden beschrieben, das dem Zwecke diene die „wahre Befreiung“ zu verhindern. Tatsächlich haben sich in den ehemaligen Kolonien nach der Unabhängigkeit zwar die Herrschaftsverhältnisse geändert, die sozialen Gegensätze sind jedoch geblieben. In vielen Staaten kontrolliert noch immer eine kleine reiche Elite einen großen Teil der Ländereien und Rohstoffe. Wenn sich wie derzeit in Lateinamerika linke Regierungen ernsthaft an eine Umverteilung des Reichtums zugunsten der armen Bevölkerungsschichten machen, regt sich schnell Widerstand der wohlhabenden Opposition. In Bolivien versucht derzeit die Oberschicht mit Aufständen und Angriffen gegen die indigene Bevölkerungsmehrheit die „demokratisch-kulturelle Revolution“ des indigenen Präsidenten Evo Morales zu verhindern.

Der Konflikt zwischen der Regierung von Morales und seiner Partei MAS (Bewegung zum Sozialismus) und den Vertretern des oppositionellen „Halbmondes“ (so genannt aufgrund der geografischen Anordnung der abtrünnigen Provinzen im Osten) hatte in den vergangenen Wochen zu gewaltsamen Ausschreitungen mit

Toten und Verletzten geführt. Die Vertreter der wohlhabenden Regionen Beni, Pando, Santa Cruz, Tarija und Chuquisaca treten zusammen mit sogenannten Bürgerkomitees für eine Autonomie ihrer Provinzen ein und kämpfen gegen die geplante Verfassungsreform. Die Hintergründe des Autonomiekonfliktes liegen auf der Hand: In den Provinzen findet sich der Großteil der Rohstoffe wie Zink, Eisen, Öl und Erdgas.

Die Anführer der Autonomiebewegung aus dem Tiefland sind mehrheitlich Nachkommen europäischer Einwanderer und setzen sich vor allem aus Großgrundbesitzern und Unternehmern zusammen. Ihre Anhänger kommen zumeist aus der bürgerlichen Mittel- und Oberschicht, während Morales und seine Partei von der armen und indigenen (Land-)Bevölkerung des Hochlandes unterstützt wird. Die teilweise Verstaatlichung der Erdgas- und Ölindustrie und die weiteren geplanten Reformen bedrohen die Macht und Privilegien der Oberschicht. Derzeit besitzen 80 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe zusammen nur drei Prozent der Agrarfläche, die restlichen 97 Prozent sind in der Hand der Großgrundbesitzer. Nach der geplanten Verfassungsänderung wäre Landbesitz auf maximal 10.000 Hektar beschränkt, was das Ende der Jahrhunderte alten Vorherrschaft der Großgrundbesitzer bedeuten würde. Und großen Teilen der armen Landbevölkerung die Existenz sichern könnte. Über 60 Prozent der Bevölkerung Boliviens lebt unterhalb der Armutsgrenze, die Mehrheit davon sind Indigene. Um aus dem sozialistischen

Boot abzuspringen, bevor es zu spät ist, will die Oligarchie durch einen autonomen Status die alten Strukturen bewahren und damit ihren Reichtum sichern.

**Im Bundesstaat Pando kam es zu einem Blutbad, als mehrere hundert Regierungsanhänger auf dem Weg zu einer Demonstration von Paramilitärs angegriffen wurden.**

Als die oppositionellen Regionen des „Halbmondes“ im Mai gegen den Willen der Regierung Referenden über die Autonomie abhielten, spitzte sich der Konflikt weiter zu. Im staatlichen Fernsehen war zu sehen, wie indigene Anhänger der Regierung auf dem Marktplatz von Sucre, einem der Zentren des bolivianischen Tieflandes, in aller Öffentlichkeit gedemütigt und geschlagen werden. Sie waren auf dem Weg zu einer Rede von Morales von Anhängern der rechten Opposition abgefangen und unter Schlägen auf den Marktplatz getrieben wurden. Dort mussten sie sich ausziehen, wurden gezwungen Parolen gegen Morales zu rufen und ihre Flaggen zu verbrennen. Dies filmten die Täter, während sie ihre Opfer weiter schlugen und rassistisch beleidigten. Dies ist kein Einzelfall. Immer wieder greifen die rechtsextremen Schlägertrupps des Jugendverbandes UJC (Unión Juvenil Cruceñista) indigen aussehende Menschen und vermeint-

liche Morales-Anhänger an. Die UJC ist eng mit dem „Comité Cívico pro Santa Cruz“ (Bürgerkomitee für Santa Cruz), einem der Hauptakteure der Autonomiebewegung, verbunden und weist paramilitärische Strukturen auf. Ein Journalist der Nachrichtenagentur Reuters berichtete, wie während eines Interviews mit dem Vorsitzenden des Bürgerkomitees Branko Marinkovic mehrere UJC-Mitglieder in das Büro kamen, sich Baseballschläger griffen und wieder verschwanden.

Trotz des gewaltsamen Vorgehens der Opposition versuchte Morales demokratische Lösungen zu finden. Als Antwort auf die eigenmächtig abgehaltenen (und verfassungswidrigen) Autonomie-Referenden ließ die Regierung im August selbst in einem Referendum über die Zukunft des Präsidenten und der Gouverneure der Provinzen abstimmen. Morales bekam dabei 67 Prozent der Stimmen, 14 Prozent mehr als bei seiner Wahl im Jahr 2005. Aber auch die Vertreter der oppositionellen Regionen wurden im Amt bestätigt.

Doch die Stimmung im „Halbmond“ beruhigte sich nicht. Im Gegenteil eskalierte vier Wochen später dort der Konflikt, als Anhänger der Autonomiebewegung Regierungsgebäude, die staatliche Telefongesellschaft, Fernsehsender und Radiostationen besetzten, plünderten und zum Teil zerstörten. „Santa Cruz explodiert und Morales verliert zwei Provinzen“ titelte die bolivianische Tageszeitung *La Prensa* am 11. September. Die reaktionären Rebellen sperrten zum Teil die Grenzen nach Brasilien und Argentinien, auch die venezuelanische Botschaft in Santa Cruz wurde besetzt.

FOTO: MARCELO URRA/FICKR



Unabhängigkeit fordern,  
um die Besitzlosen  
in Schach zu halten:  
Transparent in der  
Innenstadt von Santa Cruz.  
Die gleichnamige Provinz  
ist ein Zentrum der  
Autonomiebewegung.

„Cruceñistas“ - wie die Anhänger der rechten Opposition genannt werden - forderten alle Venezolaner und Kubaner auf, die Autonomie fordernden Regionen zu verlassen, da diese nun „kommunistenfreie Gebiete“ seien. Im Bundesstaat Pando kam es zu einem Blutbad, als mehrere hundert Regierungsanhänger auf dem Weg zu einer Demonstration von Paramilitärs angegriffen wurden. Mindestens 20 Menschen kamen ums Leben, über 100 werden noch vermisst. Auf Videoaufnahmen ist zu sehen, wie Dutzende Menschen versuchen durch einen Fluss zu entkommen, während auf sie geschossen wird. Menschenrechtsorganisationen sprachen von einem „geplanten und durchgeführten Massaker“. Die Paramilitärs waren in Fahrzeugen der oppositionellen Provinzregierung von Pando unterwegs.

Die Vertreter der Autonomiebewegung rechtfertigten die Ausschreitungen und machten Morales für die Gewalt verantwortlich. Rubén Costas, Gouverneur der Provinz Santa Cruz und Anführer der Autonomiebewegung, sprach von einem „Akt des Volkes gegen die Diktatur der Regierung“. Mittlerweile haben die Anhänger von Morales die staatlichen Einrichtungen - oder was davon noch übrig ist - wieder eingenommen. Über ein Dutzend

Oppositionelle aus dem Umfeld der Provinzregierung in Pando wurden verhaftet, der Gouverneur Leopoldo Fernández wurde wegen des Massakers des „Genozids“ angeklagt. Die Gemeinschaft der zwölf südamerikanischen Staaten UNASUR verurteilte die Gewalt der Opposition und sicherte der Regierung ihre Unterstützung bei der Suche nach einem „friedlichen Dialog“ zu. Die innenpolitische Lage bleibt aber weiterhin angespannt.

Außenpolitisch hat sich indessen der Streit mit den USA zugespitzt. Morales hatte den US-amerikanischen Botschafter Philip Goldberg im September zur „Persona non grata“ erklärt und ausweisen lassen. „Wir wollen keine Leute, die sich gegen unsere Demokratie verschwören und die Teilung des Landes vorantreiben“, hatte der Präsident damals erklärt. Goldberg hatte enge Kontakte mit der rechten Opposition und sich noch während der Unruhen mit dem Wortführer Costas getroffen. Als Reaktion wies die USA ihrerseits den bolivianischen Botschafter aus und setzte Bolivien auf die „schwarze Liste“ der Länder, die im Kampf gegen den Drogenhandel nicht ausreichend kooperieren. Damit kann das Land ab sofort nicht mehr von dem Programm ATPDEA profitieren, das ärmeren Staaten die

Einfuhrzölle auf Handwerk, Textilien und Schmuck erlässt, sofern sie den „war on drugs“ der US-Regierung unterstützen. Der Rausschmiss Boliviens aus diesem Projekt bedeutet den Verlust von bis zu 50.000 Arbeitsplätzen vor allem in den Regionen, in denen Morales die höchste Unterstützung genießt. Diese Maßnahme trifft die Regierung also nicht nur finanziell, sondern wird auch die Unzufriedenheit unter ihren Anhängern vergrößern.

Am vergangenen Montag waren die Gespräche zwischen Regierung und Opposition über die geplante Verfassungsreform erfolglos zu Ende gegangen. Trotz Änderungen wollten die Vertreter des „Halbmondes“ auch dem neuen Vorschlag nicht zustimmen. Mitte Oktober wird nun der Kongress entscheiden, ob die neue Verfassung in einem Referendum zur Abstimmung gestellt wird. Eine Lösung ist aber kaum in Sicht. Die Oligarchie wird das Land und die Rohstoffe nicht freigeben wollen, die Bolivien braucht, um aus der Misere herauszukommen. Ob die tiefe Spaltung der Gesellschaft behoben werden kann, ist ebenfalls fraglich. Der bekannte marxistische Geisteswissenschaftler Adolfo Gilly schrieb in der größten argentinischen Tageszeitung „El Clarin“ von der „Rückkehr der

Vergangenheit“ und einer „seit der Kolonie geformten rassistischen Vorherrschaft“ durch die „weiße Minderheit“, die sich ihre Macht, ihr Land und ihre „despotische Herrschaft“ nie nehmen lasse. Sollte sie ihre Bemühungen nicht einstellen, werde sich der Konflikt „auf den Straßen und auf dem Land“ entscheiden. Dies klingt sehr nach Frantz Fanon, der vor fast 50 Jahren verkündet hatte: „Das Leben kann für den Kolonisierten nur aus der verwesenden Leiche des Kolonialherren entstehen“.

Thorsten Mense ist freier Journalist und berichtet für die woxx aus Südamerika.

Nächste Woche:

### Kampf für Windmühlen

Vom europäischen Klimapaket und der Erneuerbare-Energien-Direktive, vom luxemburgischen CO<sub>2</sub>-Reduktionspotenzial und der Versuchung des Freikaufens. Der grüne Europaabgeordnete Claude Turmes im Gespräch mit der woxx.

